

STUDIERENDEN ZEITUNG

Ausgabe Januar 2011



>> Matthias Tröndle (SPD): Landtagswahlen

>> Migration als Wirtschaftsfaktor

>> Links, Rechts, Mitte, hä?

>> Weitere Themen

Vorwort

In knapp zehn Wochen sind Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Erstmals in der Nachkriegszeit könnte dabei die CDU in die Opposition gehen müssen, während die FDP das Parlament verlässt und die LINKE einzieht. Man stelle sich den baden-württembergischen Landtag mit einer grün-roten Regierung, einer sich etwas fremden Opposition aus CDU und Linken vor, dazu die FDP als APO. Vielleicht bleibt aber auch alles wie es ist - viel spannender kann es nicht sein.

In BaWü studieren knapp 300.000 junge Menschen, die meisten von ihnen dürfen wohl hier wählen. Und sie haben allen Grund: Schul- und Hochschulpolitik sind schließlich zwei der wenigen verbliebenen Länderkompetenzen in Deutschland – und sie sind umstritten. Neben dem Gegensatz von Gemeinschaftsschule und Dreigliedrigkeit können Wahlen wieder anhand von Studiengebühren und anderen Bildungsfragen gewonnen oder verloren werden. Zu diesen Themen haben die Parteien klare Standpunkte.

Man wählt natürlich nicht nur als Student, sondern sein ganzen Leben lang, aber während der kommenden Legislaturperiode sind die meisten von uns im Bildungssystem oder verlassen es gerade. Kurz: Bildungspolitik trifft uns täglich und es ist ein wichtiger Indikator der Wahlentscheidung.

Dieser Lage wollen wir als Zeitung gerecht werden, indem wir uns damit intensiv beschäftigen und Kommunikation zwischen WählerInnen und KandidatInnen ermöglichen. Deshalb haben wir die Kandidaten und Kandidatinnen der fünf größeren Parteien in Stuttgart-Mitte und Vaihingen/Fildern angefragt, bei uns ihre Sicht zur Bildungspolitik zu veröffentlichen. Auf die Texte wird außer einer Längenbegrenzung keinerlei Einfluss genommen. Sie erscheinen auch in der Ausgabe selbst unkommentiert.

Für euch gibt es dann die Möglichkeit eines Feedbacks: Schreibt Leserbriefe oder ganze Artikel, die sich mit der Aktion und den Veröffentlichungen inhaltlich auseinander setzen! Sie werden noch vor der Wahl gedruckt. Wir sind gespannt auf eure Einsendungen!

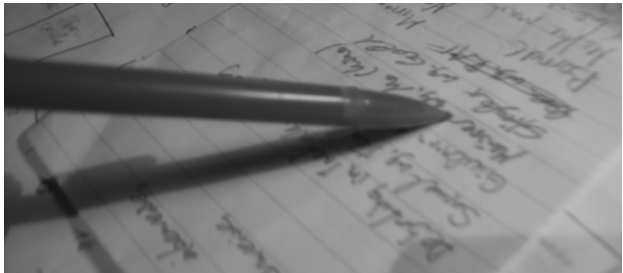
Ebenfalls rechtzeitig zur Wahl werden wir die Wahlprüfsteine der Landesstudierendenvertretung und die Antworten der antretenden Parteien veröffentlichen. So kann sich jede und jeder ein Bild von den Unterschieden und Gemeinsamkeiten der

Hochschulprogramme bilden.

Als erster schreibt in dieser Ausgabe Matthias Tröndle, Kandidat der SPD in S-Vaihingen und Fildern. Von Muhterem Aras (Grüne, Stuttgart Mitte) haben wir für die kommende Ausgabe bereits eine Zusage erhalten.

Viel Spaß

Die Redaktion der StuZe



Inhaltsverzeichnis:

Vorwort	2
Über die Selektion im baden-württembergischen Bildungssystem	4
Fakultät 4 in der strukturellen Sackgasse	8
Links, Rechts, Mitte, hä?	12
Aufruf: BaWü brennt – Protestfeuer auf Tour	16
Migration als Wirtschaftsfaktor	18
Impressum	23

“Wir können alles, außer gerechte Bildungspolitik”

Über die Selektion im baden-württembergischen Bildungssystem

Von Matthias Tröndle, SPD

Wahlkreis: Stuttgart II

<http://www.matthias-troendle.info/>

Die aktuelle Pisa Studie (www.oecd.org/de/pisa) bestätigt: in kaum einem Land hängt der Bildungserfolg von Kindern so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Dies wird z.B. auch durch die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks bestätigt: so nehmen etwa 3 von 4 Akademikerkindern ein Studium auf, während dieser “Bildungstrichter” für Arbeiterkinder extrem viel enger ist: nur etwa jedes vierte bis fünfte Kind eines Facharbeiters nimmt ein Studium auf (<http://www.studentenwerke.de/se>). Das Ganze lässt sich übrigens durch eine Umfrage unter KommilitonInnen stichprobenartig bestens verifizieren – probiert es aus!

Von bundesinternen Vergleichen wissen wir, dass diese sozio-ökonomische Abhängigkeit in

Baden-Württemberg am höchsten ist (<http://www.iqb.hu-berlin.de/LV0809>).

Bundesweit hat ein Kind aus der Oberschicht gegenüber einem Schüler aus einer Facharbeiterfamilie auch bei gleicher Intelligenz und Lernvermögen eine 4,5 mal so große Chance, ein Gymnasium zu besuchen. Besonders ausgeprägt ist das soziale Bildungsgefälle aber bei uns in Baden-Württemberg, wo die Chancen von Akademikerkindern gegenüber gleich intelligenten Facharbeiterkindern 6,6 mal so hoch sind – während Berlin mit 1,7 den besten Wert erzielt. Wir können uns also zu recht als “Weltmeister im Aussortieren” bezeichnen, oder anders ausgedrückt: “Wir können alles, außer gerechte Bildungspolitik”.

In der neuesten PISA-Studie liegen deutsche Schülerinnen und Schüler nun mit einem Zuwachs von 484 auf 497 PISA-Punkte im OECD-Mittelfeld. Laut PISA-Forschern ist aber auffällig,

dass deutsche Schülerinnen und Schüler vor allem im Teilbereich Reflektieren und Bewerten deutliche Schwächen zeigen. Positiv ist zwar, dass die Fortschritte in Deutschland einhergehen mit einer Verringerung der Leistungsstreuung, dank eines Rückgangs der Schülerinnen und Schüler mit schwachen Lesefähigkeiten (ihr Anteil ist in Deutschland von 2000 bis 2009 von 22,6 auf 18,5 Prozent gesunken). Dennoch sind noch immer die Unterschiede in den Schulleistungen nach wie vor stark geprägt durch den sozio-ökonomischen Hintergrund der Familien, aber mehr noch das Umfeld der Schulen. Der Leistungsabstand zweier Schüler mit ähnlichem Hintergrund beträgt in Deutschland mehr als 100 PISA-Punkte (das entspricht in etwa zweieinhalb Schuljahren!), je nach dem, ob das Kind auf eine Schule mit günstigem oder ungünstigem Umfeld geht. In keinem anderen Land hat ein sozial ungünstiges Schulumfeld einen derart starken Einfluss auf die Leistungen von Kindern aus sozial schwachen Familien.

Die PISA-Forscher stellen auch fest,

dass **erfolgreiche Schulsysteme** mit überdurchschnittlichen Leistungen und unterdurchschnittlichen sozialen Ungleichheiten, vor allem solche sind, die Schülerinnen und Schülern **gleiche Bildungschancen** bieten, unabhängig vom Status und Gehalt ihrer Eltern. In Ländern mit verschiedenen Schulzweigen zeigt sich: Je früher die erste Aufteilung auf die jeweiligen Zweige erfolgt, desto größer sind bei den 15-jährigen die Leistungsunterschiede nach sozio-ökonomischem Hintergrund – und zwar ohne dass deswegen die Gesamtleistung steigen würde!

Weitere Faktoren, die die Bildungsleistung positiv beeinflussen sind laut PISA-Forschern, den Schulen größere Autonomie bei der Gestaltung der Lehrpläne, der Auswahl der Lehrer und der Beurteilung der Schüler einzuräumen, sowie eine höhere gesellschaftliche Würdigung der Arbeit der Lehrer.

Doch in Baden-Württemberg verwehren wir uns beständig gegen diese wissenschaftlichen Erkenntnisse. Im Gegenteil: wir führen noch jede Menge weitere Bildungshürden auch an

den Hochschulen ein, um die Wenigen, die nicht aus der Oberschicht stammen, und trotzdem das Abitur geschafft haben, gleich auch noch abzuschrecken.

Selektionsbeispiele sind:

1) Neue Studierfähigkeits-tests ab dem kommenden Wintersemester für zulassungsbeschränkte Studiengänge. Während es erwiesen ist, dass hauptsächlich die finanzielle Lage von Studierenden und falsche Erwartungen im Vorfeld an das Studium die Hauptgründe für einen Studienabbruch sind, meint unsere Landesregierung nichts in diesen Bereichen verbessern zu müssen, sondern führt zusätzliche Tests und Gespräche ein. Dabei hat sich das Abitur längst als zuverlässigster Indikator für die fachliche Kompetenz erwiesen. Man kann sich nun leicht vorstellen, dass Abiturientinnen und Abiturienten aus armen Familien es sich aber schlicht finanziell nicht leisten können, an fünf bis zehn Unis zu fahren, um dort einen Test zu absolvieren. Auch sind in persönlichen Gesprächen erwiesenermaßen diejenigen Bewerberinnen und Bewerber erfolgreicher, die mit dem Habi-

tus der Oberklasse bereits aufgewachsen sind – was nichts mit der fachlichen Qualifikation zu tun hat.

2) Studiengebühren halten intelligente Köpfe vom Studieren ab. Wenn selbst der Chef der landeseigenen L-Bank, dringend davon abgeraten hat Studiengebühren-Darlehen aufzunehmen (siehe Stuttgarer Zeitung vom 25.04.2008), zeigt sich auch, dass Konstruktionen wie “nachgelagerte Gebühren” niemals sozialverträglich sein können. Bildung ist ein Menschenrecht und die Grundlage unserer Wissensgesellschaft. Deshalb müssen alle Studiengebühren, also für Erst- und ggf. Zweistudium und Verwaltungsgebühren, generell gestrichen werden.

3) Die Landesregierung hat per Gesetz festgehalten, dass der Bachelor der Regelabschluss ist. Das Masterstudium sollen nur “überdurchschnittliche” Studierende aufnehmen. Mal abgesehen davon, dass dies in den meisten Hochschulfächern völlig unsinnig ist (in der Chemie ist z.B. der Doktorgrad de facto der Regelabschluss), folgt es dem bekannten Selektionsmuster: Bachelor

für den Pöbel, Master für die Elite. Das eigentliche Ziel der Umsetzung von Bologna durch die Landesregierung wird ersichtlich: Die Studierenden sollen möglichst kurz an der Uni bleiben, was die Kosten senken soll. Der Wert der Bildung geht aus dieser Perspektive gesehen gegen Null. Die möglichen Vorteile von Bologna, wie leichte Mobilität für Studierende zwischen Unis und Fächern und freie Einteilung der Studienzeit, werden durch unsinnige Zeitbeschränkungen, Anrechnungsprüfungen und Master-Selektion geradezu ins Gegenteil verkehrt. Deshalb brauchen wir einen automatischen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz für alle und eine neue Umsetzung der Bologna-Reform. Bologna schließt übrigens auch nicht die Verleihung des Diplom-Titels aus; das tut nur die Regierung.

Obwohl alle vernünftigen und wissenschaftlichen (und auch wirtschaftlichen) Argumente gegen diese Abschottung der Oberschicht im Bildungsbereich sprechen, möchte die Landesregierung weiter, dass die Akademiker unter sich bleiben. Die Motivation für diese ideologische Verbohrtheit erschließt sich nicht. Für

unsere Zukunft kann es nach allen Erkenntnissen nur ein Rezept geben: Förderung statt Aussortieren und Gebühren. Längeres gemeinsames Lernen und individuelle Ganztags-Betreuung in den Kindergärten und Schulen und ein Ausbau des BAföG anstatt Gebühren und Stipendien für die Begüterten an den Hochschulen sind nötig. Das Wissen und die Bildung sind unser höchstes Gut, deshalb müssen wir es auch finanziell entsprechend ausstatten und allen verfügbar machen. Damit es einmal heißt: "Wir können vielleicht nicht alles, aber bei uns hängt die Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern ab".

Fakultät 4 in der strukturellen Sackgasse

Von Tam Nguyen



Rückblick auf die Entwicklung in Fakultät 4:

Im Jahr 2006 wurde die Fakultät 4 neu zusammengelegt. Seitdem gibt es zwei gänzlich verschiedene Lager, auf der einen Seite die Biologen (ursprünglich Fakultät 4) und auf der anderen Seite die technischen Bereiche, die ehemals in der Fakultät 7 (Maschinenbau) angesiedelt waren. Schon allein, dass es eine „Große Gemeinsame Kommission Maschinenbau“ (GKM) gibt, die über den Fakultäten 4 und 7 steht, lässt auf ein grundlegendes strukturelles Problem schließen. Ihre Aufgabe ist es, zumindest alle Studiumsangelegenheiten der Maschinenbauer unter ein Dach zu kriegen.

Eine neue Ausrichtung und eine klare Richtlinie hatte der Rektor schon seit drei Jahren versprochen. Die Technische Biologie und die Fakultät im Ganzen sollte von externen Fachexperten evaluiert werden. Die Mitglieder sucht sich natürlich der Rektor selbst aus, studentische Mitsprache existiert hierbei nicht.

Genau seit 2006 hat sich nichts getan. In der Biologie werden freie Lehrstühle nicht wieder besetzt, mit der Begründung, sich dadurch eine gewisse Flexibilität zu bewahren, um nach der Evaluation eventuell eine neue Richtung einschlagen zu können. Darunter fällt mittlerweile auch die Leitungsstelle der Zoologie. Ein aus biologischer Sicht immer relevanter Fachbereich, egal in welche Richtung sich die Biologie bewegen wird.

Seit drei Jahren wurde die Biologie an der kurzen Leine gehalten. Alle Versuche, in Bewegung zu kommen, sich zu entwickeln, wurden vom Rektorat im Keim erstickt.



deutet das, im Februar eine der offenen Stellen zu benennen, die dafür nicht mehr wiederbesetzt wird. Aus der studentischen Sicht der Fakultätsmitglieder ein Unding.

Aber siehe da, selbst das Rektorat schlägt die Besetzung einer solche Stelle vor!

Teilweise Zustimmung

und Empörung machte sich breit. Es wurde so viel diskutiert, wie schon lange nicht mehr. Ist das eine Chance oder eine Farce?

Stuttgart 17.02.2010 – In der Fakultät 4 regt sich was. Nachdem annähernd vier Jahre lang auf jegliche, noch so dringend angemahnte Wiederbesetzung von mittlerweile drei Lehrstühlen verzichtet wurde, folgte ein unerwarteter Antrag. Die Zellbiologie beantragt eine Heisenbergprofessur, eine hochrenommierte Stelle, die vom DFG drei Jahre lang finanziert wird. An sich eine große Ehre, eine dadurch geförderte Person an der Universität Stuttgart begrüßen zu können, wäre da nicht diese Wiederbesetzungssperre. Nach drei Jahren, muss die Stelle von der Universität weitergetragen werden. Die sogenannte Nachhaltigkeit einer Lehrstelle muss gesichert werden. Konkret be-

Ganz klar aus studentischer Sicht: Die Stelle wird in einem bereits gut besetzten Institut eingerichtet und die DFG schreibt nicht explizit eine Teilnahme an der Lehre vor. Es ist eigentlich eine reine Forschungsprofessur. Außerdem wäre eine Wiederbesetzung in der Zoologie für die Lehre viel dringender notwendig und die vom Rektorat so umkämpfte Flexibilität wird somit auch wieder reduziert. Noch bevor irgendeine Evaluation stattgefunden hat.

Letztendlich wurde der Antrag abgelehnt und man glaubte, das Thema sei weg vom Tisch.

Stuttgart 10.11.2010 - Es war die erste Senatssitzung im Wintersemester. Die erste für alle studentischen Vertreter. Man las sich die vielen Unterlagen durch: Berufungsanträge, Forschungskonzepte, Eckwertepapier, GradUS, MINT-Kolleg.

Um 12 Uhr kamen die Vertreter vom Akademischen Mittelbau und Verwaltung & Technik. Man stellt sich vor, kommt ins Gespräch und einigte sich darauf, Änderungen in der GradUS-Ordnung durchzusetzen. Außerdem wurde ein brisantes Thema aus der Fakultät 4 vorsichtig angesprochen: Einrichtung einer Heisenbergprofessur:

Hinter dem Rücken der Fakultät 4 hat das Rektorat im vergangenen Sommer zusammen mit dem Institut für Zell- und Immunbiologie selbstständig den Antrag auf eine Heisenbergprofessur bei der DFG eingereicht. Sie wurde sogar bewilligt und die einzige Hürde bestand nur noch darin, dass der Fakultätsrat ebenfalls dieser Einrichtung zustimmen musste. Ein

paar Wochen vor diesem Senat hat der Dekan die Fakultät vor vollendete Tatsachen gestellt und letztendlich stimmte die Fakultät 4 der Heisenbergprofessur zu. Und das obwohl sie sich vor einem halben Jahr noch dagegen ausgesprochen hatte.

Nach den Vorgesprächen mit dem Akademischen Mittelbau und Technik & Verwaltung, trifft man sich noch mit dem Rektor Ressel. Mehrere Themen werden angesprochen, heftig diskutiert und Kompromisse ausgehandelt. Außer bei der Heisenbergprofessur. Das Statement ist eindeutig: Das Ding ist im Kasten, da können ein paar Studenten auch nichts mehr daran ändern – wollen wir auch nicht. Viel wichtiger ist die Strukturfrage an sich, aber soweit kommen wir gar nicht mehr.

Der Rektor ist von seiner Sache überzeugt. Wahrscheinlich hat er die Dekane und Wahlprofessoren bereits auf seine Seite gebracht und braucht nicht die wenigen Stimmen der Studierenden zu fürchten.

14:30 Uhr Sitzungsbeginn.

16:30 Uhr der Heisenbergantrag wird vorgestellt. Die sieben Studenten be-

ziehen eindeutige Stellung: Die Professur wird zwar kommen, sie ist auch nicht schlecht, aber die Verfahrensweise und die strukturellen Probleme wurden völlig außer Acht gelassen. Ein Vorgehen, das wir aufs schärfste kritisieren.

Der Rektor nimmt es gelassen, die Studenten haben es ja eingesehen, keine Chance gegen den Senat.



16:35 Uhr der Rektor führt das Thema recht schnell zur Abstimmung.

- 7 Gegenstimmen. Die Studenten.

- 6 Enthaltungen. Der Akademische Mittelbau und Technik & Verwaltung.

+ eine Hand voll weitere Enthaltung aus den Reihen der Professoren. Un-erwartet. Mächtig.

- 6 Zustimmungen ohne das Rektorat, das sich bei Berufungen in der Regel enthält. Durch die vier Stimmen aus dem Rektorat wurde die Abstimmung gerade noch so gerettet. Im Sinne aller Anwesenden.

Unsere Intention, ein klares "So geht es nicht weiter" auszudrücken, aber nicht die Stelle zu blockieren, konnte nicht besser vermittelt werden. Die

so gut angesehene Heisenbergprofessur wird mit einer knappen Mehrheit angenommen, bei einer Hälfte an Enthaltungen. Der Rektor weiß spätestens ab dem Zeitpunkt, wie seine Strukturpolitik ankommt. Er weiß auch, dass die neuerdings sieben studentischen Mitglieder (! Hooray an den Bildungsstreik) nicht nur eine

nette Geste war, sondern wirklich eine Stärkung des studentischen Einfluss im Senat.

Links, Rechts, Mitte, hä?

Unzusammenhängende Gedankensammlung über Sinn und Unsinn von Richtungsangaben im Zusammenhang mit Politik

Von Martin Wiest

Über die 'neue Rechte' schrieb Nils Langer in der letzten Ausgabe der Studierendenzeitung, 'Wir sind die Mitte' verkündet die FDP stolz auf Wahlplakaten und von 'Linksradikalen' schreibt die Presse immer wieder gerne, wenn auf einer Demo mal wieder Steine fliegen... Aber wovon reden die eigentlich? Und noch interessanter: Macht das überhaupt Sinn, wovon die da sprechen?

Für die meisten Leute gehören die Begriffe 'links' und 'rechts' im politischen Zusammenhang zum normalen Wortschatz, aber wenn man die Leute dann fragt, was sie unter diesen Wörtern verstehen, antworten kaum zwei wirklich das Selbe. Je nach politischer Gesinnung des Befragten hört man Definitionen von 'die, die Steine auf die Polizisten werfen, sind die Linken und die, die Ausländer prügeln sind die Rechten' oder 'links sind die sozialen, rechts die asozialen' oder 'rechts sein bedeutet Va-

terlandsliebe und links bedeutet Vaterlands- und Selbsthass' oder 'Linke sind Kommis, rechte Nazis'.

Ich habe diese Frage zum Beispiel einmal in einem Internetforum und einigen Bekannten gestellt. Als Antworten bekam ich unter anderem, dass 'links' und 'rechts' sich beide durch eine sehr soziale Ausprägung definieren, nur mit sehr unterschiedlichen 'Zielgruppen'. So wären 'Rechte' sozial zu allen Personen des gleichen Volks, der gleichen Nationalität o.ä., während die Linken eher einem nicht näher definierbaren Personenkreis bevorzugen.

Eine andere Person definierte 'rechts' dagegen eher als 'Autoritätsgläubig' und 'links' als 'Autoritätsverweigernd' was man ja daran sehe, dass 'Rechte' immer einen (An-)Führer hätten und 'linke' eher Basisdemokratisch arbeiten. Ich sehe da das Problem, dass auch viele 'linke' Bewegungen klare 'Anführerfiguren' hatten, siehe z.B. Che, Dutschke, o.ä....

Da muss man sich doch fragen: Alle können nicht recht haben, aber wer hat denn dann recht?

Schauen wir uns zuerst einmal an, woher diese Begriffe ursprünglich kommen: Aus der Zeit der französischen Revolution. Im ersten Parlament saßen auf der rechten Seite die konservativen Royalisten, auf der linken Seite die progressiven Republikaner (die natürlich weder etwas mit den heutigen deutschen, noch den heutigen amerikanischen Republikanern gemeinsam hatten). 'Links' be-

deutete also ursprünglich einfach nur 'progressiv' und 'rechts' einfach nur konservativ'. Aber das ist heute nicht mehr haltbar. Allein schon der Begriff des 'Linkskonservativen' ist nach der alten Definition ein Paradox und dass die (im umgangssprachlichen Gebrauch so bezeichneten) 'Rechten' eben nicht alle ganz konservativ die bestehenden Zustände erhalten wollen, sollte auch jedem klar sein. Die Begriffe haben sich also eindeutig

von ihrer ursprünglichen Bedeutung entfernt. Aber wohin?

Schauen wir uns mal genauer an, was unter den Begriffen heutzutage verstanden wird. Verwenden wir dabei den kleinsten gemeinsamen Nenner, denn dass die Grenzübergänge fließend sind, sollte jedem klar sein. Beim Begriff 'rechts' maße ich mir an zu behaupten, dass das noch ver-

gleichsweise leicht machbar ist. Im Allgemeinen versteht man darunter Nationalisten, Nationalsozialisten, Neo-Nazis und Anhänger



ähnlicher politischer Strömungen. Mit dem ursprünglichen 'konservativ' hat das nicht mehr viel zu tun. Die Konservativen werden heute von den meisten Leuten eher in der Mitte angesiedelt. Was also macht heutzutage 'rechts' aus. So sehr sich die oben genannten politischen Strömungen aus der Entfernung ähneln: bei näherer Betrachtung sieht man doch merkbliche Unterschiede. Gemeinsam ist ihnen nur das 'nationale' Element,

was zu einer gewissen Abneigung gegen Menschen anderer Staats- oder Volkszugehörigkeiten führt, die sich bei den extremeren Angehörigen dieser politischen Strömungen zuweilen auch in heftiger Gewalt (jeglicher Art) äußert. Aber auch hier stoßen wir schon an Grenzen: Es sind zwar alle 'Rechten' 'national' eingestellt, aber eine nationale Einstellung macht einen nicht automatisch zum 'Rechten', zumindest nicht nach dem Dafürhalten der meisten Leute...

Beim Begriff 'links' wird es offensichtlich noch schwerer. Denn unter dem Begriff 'links' wird inzwischen alles mögliche zusammengefasst, von Kommunisten, Anarchisten, Internationalisten, Anti-Nationalisten über 'Ökos', Hippies, Punks bis hin zum Sozialdemokraten (wenn er den Namen noch zu Recht trägt). Und schon bei dieser Aufzählung wird klar, dass wir hier keine wirklichen Merkmale finden können, die man klar als 'links' definieren kann. Böse Zungen würden zwar sagen: 'Wieso? Das sind doch alles Leute, die einfach nur gegen irgendwas sind,' aber das ist natürlich viel zu kurz gegriffen. Ganz abgesehen davon, dass es kein Allein-

stellungsmerkmal ist, weil auch die 'Rechten' und überhaupt jeder gegen etwas ist und das im Zweifelsfall auch äußern wird. (Wer das nicht glaubt, soll sich bei mir melden, dann



kann ich ja mal schauen, ob man demjenigen nicht einfach mal willkürlich einen Schein nicht zuerkennen kann, zusätzliche Gebühren von der Person verlangen kann, die Steuern für diese Person erhöhen kann oder dergleichen...) Die Behauptung 'das sind die, die immer Krawall machen' ist da auch nicht besser. Erstens gibt

es mehr als genug Leute, die sich selbst als 'Linke' bezeichnen würden und noch nie Krawall gemacht haben und zweitens trifft auch das wieder auf etliche andere 'Gruppierungen' zu, ob nun die 'Rechten' oder die 'Fußballfans' (wobei ich hier natürlich hauptsächlich die Ultras meine).

Was also sonst könnte 'links' sein? 'Sozial' werden jetzt einige Leute sagen, die sich selbst als 'Linke' bezeichnen. Aber was bringt es, einen unklaren Begriff mit einem anderen unklaren Begriff zu definieren? Ich meine, jeder von uns kann sich etwas unter dem Begriff vorstellen, aber ein National-Sozialist wird sich selbst auch als 'sozial' bezeichnen, aber er wird darunter auch mit Sicherheit etwas anderes verstehen als ein 'Linker'. 'Vorausschauend' oder 'zukunftsorientiert'? Das werden alle für sich beanspruchen...

Werfen wir dann noch einen Blick in den englischen Sprachraum, um die Verwirrung komplett zu machen. Im englischen Sprachraum sind die Definitionen von 'left' und 'right' im politischen Sinne viel klarer als bei uns, gehen aber zumindest was 'right' angeht, in eine völlig andere Richtung

als hier bei uns. Spricht ein Englisch-Sprachler von 'right' im politischen Sinne, so meint er damit jemanden, der eine wirtschafts-liberale oder eine neo-liberale Weltanschauung hat, während 'left' eindeutig jemanden bezeichnet, der wirtschaftliche Interessen den Interessen des 'Volkes' unterordnet, also in der extremen Ausprägung ein Kommunist ist. Nach englischsprachigem Dafürhalten wäre die deutsche FDP also mitnichten 'Mitte', sondern eindeutig eher 'right' angesiedelt, während z.B. die NPD eher 'left' wäre.

Wenn wir 'links' und 'rechts' also nicht klar definieren können, sondern Leute nur nach reiner eigener Willkür in diese 'Schubladen' stecken, macht es dann überhaupt Sinn, diese Begriffe zu verwenden? Und: Wenn wir nicht mal genau sagen können, was 'links' und was 'rechts' ist, wie kann dann jemand von sich behaupten, er stünde in der 'Mitte'? Vielleicht sollte ich da einfach mal die liberalen Kollegen fragen, die scheinen sich da ja recht sicher zu sein...

Aufruf: BaWü brennt – Protestfeuer auf Tour

Von Bildungsstreik BaWü

Durch jahrelang andauernde und immer weiter um sich greifende Proteste gerät die schwarz-gelbe Vorherrschaft in Baden-Württemberg endlich ins Wanken. Wir wollen die Chance der Landtagswahlen nutzen um ein für allemal deutlich zu machen, dass Bildung frei und demokratisch gestaltet sein muss und deswegen nicht zur Ware gemacht werden darf. In vielen aufeinanderfolgenden Demos und Aktionen in ganz Baden-Württemberg werden wir unsere Kräfte zusammenführen und schließlich am 29.01. in Stuttgart zur vollen Entfaltung bringen.

Schüler_innen, Auszubildende, Eltern, Lehrer_innen und Studierende in jeder Stadt und jedem Dorf sind dazu aufgerufen sich dem gemeinsamen Protestzug anzuschließen. Von einer kleinen kreativen Aktion bis zur großen Demo, vom Clownsauftritt bis zur Blockade sind alle bildungspolitischen Protestinitiativen willkommen. Am 17.01. wird in Freiburg ganz im Südwesten ein Protestfeuer entzündet. Dieses werden wir als Symbol für den landesweiten Protest für freie Bildung von Stadt zu Stadt weitertragen. Jeden Tag soll so eine Protestaktion an einem Ort in BaWü stattfinden, bis das Protestfeuer am 29.01. zur Bildungsstreik Großdemonstration die Landeshauptstadt erreicht.

www.bildungsstreik-bawue.de



17.01. Freiburg

11:00 Uhr am Stadttheater
Demo mit anschließender
Entzündung des Protestfeuers

18.01. Weingarten

17.45 Uhr an der PH
Aktion unter dem Motto „5
minutes 4 education“

20.01. Sigmaringen

16:00 Uhr Marktplatz
Demo und abschließende
Feuershow

21.01. Mannheim

nachmittags, tba

22.01. Ulm

Einlass 19:00 Uhr Jugendhaus
"Büchsenstadel"
Interkulturelle Freiraumparty

24.01. Heidelberg

11:30 Uhr Bismarkplatz
Auftaktkundgebung zur Demo

25.01. Tübingen

19:00 Uhr am Holzmarkt
Kundgebung und Filmvorführung
mit Kurzvideos zu den
Bildungsprotesten aus aller Welt

26.01. Karlsruhe

13:00 Uhr Vorplatz Nord des Hbf
Auftaktkundgebung und Start
der Demo (Aktionsbündnis gg.
Studiengebühren)

und:

17:00 Uhr Schlossplatz
Mahnwache

27.01. Ludwigsburg

16 Uhr PH Pforte bzw. 17 Uhr am
Bahnhof
Demostart
18:00 Uhr
Abschlusskundgebung am
Markplatz
bis 19:30 weitere kulturelle,
kreative Aktionen (Musik, etc.)

28.01. Pforzheim

Uhrzeit: tba, Leopoldplatz
Kundgebung

29.01. Stuttgart

16:00 Uhr Lautenschlagerstr.
(tbc)
Landesweite Demo

Migration als Wirtschaftsfaktor:

Wie der Alltag von Flüchtlingen systematisch ausgeblendet wird

Von Lisa Neher

Ende des letzten Jahres gab es zwei Veranstaltungen in Stuttgart, die sich dem Thema Migration widmeten: Die eine fand im Haus der Wirtschaft, die andere in der evangelischen Friedensgemeinde statt. Die erstere stand unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Mappus, bei der zweiten konnte kein CDU-Politiker für das Podium gewonnen werden. Die eine stand unter dem Motto: „Migration weltweit – Impulse für Entwicklung“, die andere thematisierte die sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Baden-Württemberg. Die Rede ist vom Zweiten Stuttgarter Forum für Entwicklung am 22.10. und dem etwa genau einen Monat später stattfindenden Herbstplenum des Flüchtlingsrat Baden-Württemberg am zwanzigsten November.

Zwei verschiedene Veranstaltungen, die ein Thema so unterschiedlich behandelten, als wäre es nicht das gleiche.

Dazwischen tagte die Innenminister-

konferenz in Hamburg. Ergebnisse zur Migration: Ausländer werden in „gute“ und „schlechte“ kategorisiert, für die einen soll es eine geänderte Bleiberechtsregelung geben, die anderen werden nur unter dem Aspekt eines Sicherheitsrisikos betrachtet. Warum es Hohn ist eine Aufenthaltsgenehmigung an Schulnoten (Vorschlag Leutheusser-Schnarrenberger, FDP) festzumachen, sollte jedem klar sein, der sich nur ein bisschen mit dem Thema auseinandergesetzt hat, oder zumindest mit diesem Artikel deutlich werden.

Zweites Stuttgarter Forum für Entwicklung

Den Wesenskern des Vorschlags der Innenministerkonferenz zeigte auch das zweite Stuttgarter Forum für Entwicklung: Migration wird als Wirtschaftsfaktor begriffen.

Die Auftaktveranstaltung wurde u.a. vom Präsident des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Dr. Albert Schmid und vom Bundesentwick-

lungshilfeminister Dirk Niebel begleitet. Unisono drückten sie aus, dass es zahlreiche Beispiele für eine gelungene Integration in der BRD gibt und dass das Haus der Wirtschaft an diesem Tag ein Forum für diese „best practice“ Beispiele bieten soll. Migration soll als Win-Win-Situation im dreifachen Sinne, als Win-Win-Win-Situation, gedacht werden, ein Gewinn für den Migranten selbst, für sein Heimatland und für die Bundesrepublik Deutschland – und für diese in ganz besonderen Maße, denn immerhin hat in diesem Verhältnis nur sie die Möglichkeit zur Ausweisung und Anerkennung. Dass das Verhältnis, in dem diese Win-Win-Win-Situation erfüllt sein soll, ein asymmetrisches ist, da die eine Seite den kompletten Gestaltungsspielraum in den Händen hält, ist eine Tatsache, die nicht zur Sprache kommt. Die gleiche Blindheit für die eigene Verantwortung und Rolle als Akteur wird auch dabei deutlich, wie der Weg, den die Migrant_innen auf sich nehmen, gedacht wurde. Wird die Einwanderung überhaupt thematisiert, dann nur als beschwerliche Reise aus ihren Heimatländern in die BRD – mit

dem Ziel die Probleme in Drittländer abzuschieben und herauszustellen, dass gerade die Menschen, die diesen schweren Weg überstanden haben, besondere Stärke aufweisen, Zähigkeit in der Substanz, körperlich wie geistig. Sind wir da nicht schnell bei „survival of the fittest“ und allen Gründen sich mit diesen Menschen als potentielle Arbeitskraft auseinanderzusetzen?

Dirk Niebel stellte sich gleich zu Beginn seiner Rede als „gelernter Binnenmigrant“ vor. Nicht leicht hatte er es in seinem Leben: Erst verschlug ihn sein Weg von Hamburg in den schwäbischen Süden Deutschlands und dann von dort nach Berlin, wo bekanntlicherweise die Schwaben nach den Türken die zweitgrößte Migrantengruppe darstellen. Wenn man die Aufnahmebedingungen von Flüchtlingen gar nicht erst in den Blick nehmen will, dann kann man wohl auch so unverfroren seine Rede mit einer derartigen Gleichstellung von Migration beginnen und gleich dazu seinem Lokalpatriotismus und Lokalchauvinismus Ausdruck verleihen.

Der Mensch ist Arbeitskraft, die Wirt-

schaft ist die Sphäre in der Erfolg und Misserfolg gemessen wird, so ist es ganz klar, dass auch Einwanderer arbeiten gehen (müssen) und ihr „Potential nicht Brach liegen“ darf. In diesem Zusammenhang spricht sich Niebel für ein „selbstbestimmtes Leben“ aus und stellt auch gleich klar, was das für ihn heißt: Seinen Lebensunterhalt selbst verdienen zu können, sprich seine Arbeitskraft zu verkaufen. Denn entsprechend der liberalen Ideologie heißt es, nur wenn ich arbeite, bin ich Mensch.

Die bundesrepublikanische Realität

Alleine vom Baden-Baden Airpark werden monatlich an die dreißig Menschen abgeschoben¹. Sie werden nachts aus ihren Wohnungen geholt, haben kaum Zeit ihre Dinge zu packen, wenn sie sich weigern, werden sie wie Verbrecher in Handschellen abgeführt. In wortwörtlichen „Nacht und Nebel Aktionen“ werden die Menschen aus ihrer vertrauten Umgebung gerissen, Familien und Freundschaften zerstört. Obwohl Zei-

tungen und Menschenrechtsorganisationen immer wieder von diesen Vorfällen berichten, scheinen die meisten deutschen Staatsbürger wenig Kenntnis darüber zu haben.

Die Unwissenheit darüber, wie lange die meisten Asylbewerber auf ihre Aufenthaltsgenehmigung oder Ausweisung tatsächlich warten müssen und wie ihre Lebensbedingungen während eines Asylantrages aussehen, scheint noch um einiges größer zu sein. Vorschläge wie der von Frau Leutheusser-Schnarrenberger tragen der ungleichen Lebenssituation von Asylbewerbern und Staatsbürgern der BRD keine Rechnung und machen diese damit genauso unsichtbar, wie ein Forum für Entwicklung das diese Fragen gar nicht anspricht, da es Migration nur als Integration begreift und Migrant_innen nur in ihrer Form mit rechtmäßigem Aufenthalt betrachtet.

1980 beschloss das Land Baden-Württemberg die Lagerunterbringung von Flüchtlingen: aus Gründen der Effizienz und als Abschreckung. Der damalige Ministerpräsident Lothar Späth stellte zwei Jahre später zufrieden fest: „Die Buschtrommeln wer-

den in Afrika signalisieren – kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müßt ihr ins Lager“² als die Zahl der Asylbewerber zurückgegangen war. Auch die Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes 2004 veränderte die Lage der Flüchtlinge nicht. Weiterhin ist die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft während des Asylverfahrens verpflichtend, wodurch mit der sogenannten Residenzpflicht und dem Asylbewerberleistungsgesetz, trotz einer in der Öffentlichkeit geführten Integrationsdebatte, eher eine „festgeschriebene Desintegration“ folgt.

Im Gegensatz zum zweiten Forum für Entwicklung bot der Flüchtlingsrat ein Forum für Informationen über die Lage von Flüchtlinge in der BRD und für den Austausch von Aktiven in der Flüchtlingsarbeit und von Flüchtlingen. Ihre Interessen und Probleme standen im Mittelpunkt dieses Tages und dabei wurde eines klar: die Menschen, die nach Deutschland kommen, um hier Asyl zu beantragen, sind nicht willkommen, sondern viel mehr mit einem ignoranten und immer wieder rassistischen Staatsapparat konfrontiert.

Anstatt den hier ankommenden Menschen alle Informationen über ihre Rechte und Hilfen zum Ausfüllen ihres Asylantrages zu geben, wird von staatlicher Seite sogar verhindert, dass Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen ihre Arbeit in den Aufnahmestellen machen können. So ist es in der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe dem Menschenrechtszentrum nicht mehr möglich direkt vor Ort zu arbeiten, wodurch es dem Zentrum erheblich erschwert wird, die Menschen überhaupt zu erreichen.

In Baden-Württemberg gibt es 71 Gemeinschaftsunterkünfte (GU) für Asylbewerber³. In diesen Unterkünften, die jedem gerade mal 4,5qm zusprechen, die keine Privatsphäre bieten, keine Möglichkeit, sich zu entfalten, andere Menschen kennen zu lernen, geschweige denn deutsch zu lernen, verbringen Flüchtlinge oft mehrere Jahre. Nicht nur die Architektur der Gebäude, die nicht selten alte Kasernen sind, schränken die Menschen ein, auch ihre Lage, oft weit entfernt von Stadtzentren und Ballungsgebieten. Zuletzt wurde in die abgelegenste GU in Witthoh bei Tuttlingen eine

Familie mit kleinen Kinder gesteckt, diese haben dort nichtmal die Möglichkeit eine Schule zu besuchen. Wie kann man Menschen, die in ständiger Unsicherheit und Angst vor einer möglichen Abschiebung leben, deren Bedürfnisse durch Sachleistungen gedeckt werden, wodurch jede Selbstständigkeit unterlaufen wird, und deren Lebensbedingungen nicht mit denen eines deutschen Staatsbürgers vergleichbar sind, obwohl sie im gleichen Staat leben, an (schulischen) Leistungen und Integrationsbereitschaft messen wollen?

Vielmehr sollte klar sein, dass jede Integrationsdebatte nur ein Ausdruck einer einwanderungsfeindlichen Politik, auf der Diskursebene ist. Integration ist dem Wort nach eine Einbahnstraße⁴, die Bereitschaft zur Veränderung wird nur von einer Seite gefordert. Das asymmetrische Kräfteverhältnis, dass in der politischen Realität zu Gunsten der BRD vorliegt, taucht in der Forderung nach Integration wie-

der auf. Die Anderen müssen sich in die Mehrheitsgesellschaft integrieren, die Eingliederung fordert nur Veränderung von den Anderen, nicht von einem selbst. Der Begriff der Integration selbst birgt unvermeidbar einen chauvinistischen Anspruch.

Eines wurde deutlich an diesen beiden Veranstaltungen, verfährt man nach dem Scheuklappenprinzip kann man sich gut aus der Verantwortung ziehen und sogar noch Erfolge feiern, dann kann man sein Event auch ruhigen Gewissens von zwei gut integrierten Afrikaner musikalisch untermalen lassen und dabei darüber sprechen, wie man „Potenziale von Migranten nutzen“ kann.

Der Samstag in der Friedensgemeinde warf ein ganz anderes Licht auf die Migrationspolitik des Landes, die von „best practice“ Beispielen weit entfernt ist. Da wundert es nicht, dass kein CDU Politiker auf dem Podium erscheinen wollte.

Fußnoten:

1: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/033/1703328.pdf>

2: Späth, Lothar, 1982, zitiert nach Jungle World, 15.07.1998

3: Linder, Andreas, „Lagerland Baden-Württemberg!? - Eine Analyse der sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Ba-Wü“, in: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg Rundbrief, August 2010 (www.fluechtlingsrat-bw.de)

4: siehe, Interview mit S. Karakayali und M. Bodjadzijeve, „Den Begriff der Integration verteidigen oder kritisieren?“, in: DISS- Journal, Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, 20 (2010)

Impressum:

Ausgabe 7, Januar 2011

V.i.S.d.P.: Nils Langer

Layout: Silke Steinbrenner

Korrektur: Benjamin Maschler

Email: zeitung@faveve.uni-stuttgart.de

Homepage: www.andrerseits.de

Herausgeber:

AK Bildung - ein Arbeitskreis der Faveve

c/o Zentrales Fachschaftsbüro

Keplerstraße 17

70184 Stuttgart

Hinweis: Die in den Beiträgen veröffentlichten Aussagen und Meinungen sind die der jeweiligen VerfasserInnen. Sie sind - sofern nicht anders angezeigt - keine Meinungsäußerung des AK Bildung oder der Faveve.

Erstellt mit Open Source Software

Lizenz: Creative Commons, CC-BY-NC-SA

Ihr wollt
mehr Mitbestimmung
im Uni-Alltag?

Die Lösung: **StuDe**

Kommt zur studentischen **Vollversammlung**
am **20. Januar** und gebt eure **Stimme** für
die **StuDe**!

M17.01 – 13:00

U47.01 – 13:15

U53.01 – 13:00



Ihr wollt mehr
Demokratie wagen!

Mehr Infos unter www.faveve.uni-stuttgart.de/stuDe
oder in einer der vielen Broschüren.